

Stellungnahme der Piratenpartei zur Vernehmlassung "Suchtpolitik Winterthur 2012 – 2016" [1]

Die Position der Piratenpartei zu Genussmitteln basiert auf einer gesellschaftsliberalen Haltung, welche die freie Entscheidung mündiger Menschen ins Zentrum stellt, auch im Umgang mit Genussmitteln. Unser Positionspapier [2] schlägt vor, die Prohibition von Genussmitteln aufzuheben, den legalen Handel aber aufgrund der objektiven Gefährlichkeit mehr oder weniger stark zu reglementieren.

Heute sind viele psychoaktive Substanzen verboten, was dazu führt, dass harmlose Cannabis-Konsumenten kriminalisiert werden, Justiz und Polizei mit Drogendelikten beschäftigt sind und die organisierte Kriminalität Milliarden umsetzt. Eine vernünftige Drogenpolitik muss bei den vier Pfeilern Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression immer auch auf Verhältnismässigkeit achten. In der aktuellen Politik werden die Möglichkeiten einer liberalen Regelung nicht ausgeschöpft. Dieser Zustand ist unserer Meinung nach unhaltbar. Deshalb fordern wir eine liberalere Drogenpolitik mit dem Ziel die Freiheit zu erhöhen und die Kriminalität zu senken ohne eine Zunahme der Schwerstabhängigen oder des Drogenkonsums Jugendlicher zu bewirken.

Unser oberster Auftrag muss die Freiheit jedes Erwachsenen, über seinen Körper und seine Gesundheit selbst zu entscheiden sein. Dazu gehört der freie Konsum sämtlicher Substanzen, auch wenn diese die Gesundheit gefährden. Ein Einschreiten des Staates gegen den Willen eines Konsumenten ist für uns nur bei massiver Drittgefährdung gerechtfertigt, beispielsweise bei massiver Aggressivität oder Fahren in berauschem Zustand. Süchtigen, die von einer Substanz wegkommen wollen, soll soziale und medizinische Hilfe angeboten werden. Minderjährige hingegen sind vom Konsum von Stoffen abzuhalten, welche ihre Entwicklung gefährden.

Die Piratenpartei vermisst im vorliegenden Dokument der Stadt Winterthur eine Differenzierung zwischen Sucht und Genuss. Es wird nicht zwischen Missbrauch und Gebrauch unterschieden. Jedes Suchtmittel ist in erster Linie ein Genussmittel und kann nicht nur missbraucht, sondern auch massvoll konsumiert werden. Die Einteilung von Tabak und Alkohol als legale Genussmittel, von Medikamenten als teilweise legale und teilweise verschreibungspflichtige, sowie Cannabis, gewisse Pilze, Ecstasy u.v.a.m. als verbotene Genussmittel ist willkürlich.

Es liegt zwar nicht in der Macht der Stadt Winterthur, die sinnlose Prohibition aufzugeben und Genussmittel zu legalisieren oder gar einen kontrollierten legalen Markt zu etablieren. Da aber die Stadtpolizei unter der Hoheit der Stadt steht, kann diese für sinnvollere Aufgaben als der Genussmittelprohibition eingesetzt werden. Ausgaben für Repression können eingespart werden. Schliesslich beklagt die Stadtpolizei, respektive deren Vertreter im Gemeinderat, gern die zu hohe Belastung. Hier bietet sich die Möglichkeit einer Entlastung zu Gunsten der Freiheit und Mündigkeit unserer Einwohner.

Die Stadt Winterthur soll den Besitz, den Privatkonsum, den Anbau und die Herstellung weicher Drogen zum Eigengebrauch, insbesondere von Cannabis tolerieren. Partydrogen gehören heute zur Gesellschaft. Die Polizei soll Zurückhaltung üben und nur einschreiten, wenn psychoaktive Substanzen an Minderjährige abgegeben werden. Die Stadt soll sich darauf konzentrieren, den sicheren Konsum zu gewährleisten, indem sie beispielsweise kostenlose Pillentests an entsprechenden Anlässen anbietet, Stoffe aus fragwürdiger Herkunft gegen Stoffe aus sicherer Quelle tauscht und Informationen zum sicheren Umgang mit Suchtmitteln bereit stellt. Gegen weiche Drogen soll keine Repression stattfinden, stattdessen soll der Schwerpunkt auf den Jugendschutz gelegt werden..

Bei harten Drogen wie Kokain oder Heroin soll die Polizei weiterhin den Handel unterbinden. Allerdings sollen die entsprechenden Substanzen unter kontrollierten Bedingungen zum Selbstkostenpreis unter ärztlicher Kontrolle an erwachsene Personen abgegeben werden. Statt nur mit Heroin und Methadon soll das mit allen Stoffen geschehen, ohne dabei die Kunden zum Nachweis einer Sucht zu verpflichten.

Die Städte Basel und Zürich wollen eine kontrollierte Cannabisabgabe einführen [3]. Hier sollte sich die Stadt Winterthur informieren und beteiligen.

Quellen:

[1] Vernehmlassung «Suchtpolitik Winterthur»: <http://www.soziales.winterthur.ch/default.asp?Sprache=D&Thema=0&Rubrik=0&Gruppe=17&Seite=413>

[2] Suchtmittelpolitik der Piratenpartei: <http://www.piratenpartei.ch/Suchtmittelpolitik>

[3] Tagesanzeiger: «Cannabis-Abgabe: Basel und Zürich wollen es wagen»

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/CannabisAbgabe-Basel-und-Zuerich-wollen-es-wagen/story/22242135>

Fragen für Vernehmlassung "Suchtpolitik Winterthur 2012 – 2016"

1. Teilen Sie die Einschätzungen, die im Kapitel "Rückblick auf die Suchtpolitik Winterthur 2007 – 2011" gemacht wurden?
<input checked="" type="checkbox"/> Ja
<input checked="" type="checkbox"/> Nein. Wenn nein, Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise: Die Piratenpartei befürwortet die Bestrebungen, Süchtige zu unterstützen, statt sie zu kriminalisieren. Wir sehen aber eine viel grössere Bedeutung in der Freiheit und Selbstverantwortung der mündigen Menschen und wünschen die Einstellung der Repression, zumindest bei sogenannten «weichen» Drogen. Die Piratenpartei befürwortet den Jugendschutz, auch in Form von Testkäufen. Verdeckte Ermittlungen sollen hingegen nicht die Prohibition zum Ziel haben. Gewalt geht in erster Linie von übermässigem Alkoholkonsum aus, während etliche der weichen Drogen eher zu Gelassenheit, wenn nicht Lethargie führen. Auch aus diesem Gesichtspunkt ergibt die härtere Verfolgung von Cannabisprodukten gegenüber dem legalen Alkohol keinen Sinn. Programme (wie «Grasklar», «Klarblick», «Smokeless») sollten sich nicht an den Zielen einer Prohibition messen, sondern den verantwortungsbewussten selbstbestimmten Umgang mit Genussmittel vermitteln.
2. Stimmen Sie den "Grundsätzen der Winterthurer Suchtpolitik" zu?
<input type="checkbox"/> Ja

Nein.

Wenn nein, wo sehen Sie Änderungsbedarf?

Die Grundsätze können noch viel pragmatischer abgefasst werden.

Winterthur soll keine Massnahmen ergreifen, um den Handel mit allen illegalen Substanzen zu unterbinden, vielmehr soll Winterthur den illegalen Handel unter genau zu definierenden Bedingungen tolerieren. Die Bedingungen sollen sicherstellen, dass der Jugendschutz und die Gesundheit der Konsumenten gewährleistet sind. Ausserdem soll der Handel diskret stattfinden.

Winterthur soll prüfen, inwieweit durch das Tolerieren von Konsum und einem Handel, der sich an festgelegte Regeln hält, eine Suchtmittelpolitik jenseits der Prohibition betrieben werden kann. Insbesondere sollen die Regeln auch dazu Sorge tragen, dass die restliche Bevölkerung nicht beeinträchtigt wird. So könnten beispielsweise verbindliche Räume oder Gebiete für Handel und Konsum illegaler Substanzen festgelegt werden.

Zur Überprüfung der Regeln kann sich die Piratenpartei auch Testkäufe und verdeckte Ermittlungen vorstellen.

Wer illegale Substanzen konsumiert oder zum Eigengebrauch mit sich führt, soll nicht kontrolliert, nicht registriert und nicht bestraft werden. Wer an einer gemäss den festzulegenden Spielregeln unerlaubten Stelle konsumiert, soll das erste Mal ermahnt, aber nicht bestraft werden.

Winterthur soll sich über die Cannabisabgabe in Zürich und Basel informieren und prüfen, wieweit das Projekt auch in Winterthur Sinn macht, oder ob eine liberalere Lösung geeigneter wäre.

3. Sind die fünf Kapitel aus Ihrer Sicht in Ordnung?

a) "Steuerung, Vernetzung, Kommunikation, Finanzierung"

Ja

Nein. Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise:

Anpassung erster Punkt:

«Zielsetzungen

→ Die Winterthurer Genussmittelpolitik orientiert sich an der Freiheit der mündigen Menschen und versucht diese trotz anders lautenden gesetzlichen Vorgaben soweit möglich zu gewährleisten.»

b) "Prävention"

Ja

Nein.

Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise

c) "Beratung, Therapie und Behandlung"

<input checked="" type="checkbox"/> Ja
<input type="checkbox"/> Nein. Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise:
d) "Schadensminderung"
<input checked="" type="checkbox"/> Ja
<input type="checkbox"/> Nein. Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise:
e) "Repression"
<input type="checkbox"/> Ja
<input checked="" type="checkbox"/> Nein. Bemerkungen, Ergänzungen, Hinweise: Neu: «Zielsetzungen → Personelle und finanzielle Mittel zur Repression werden gekürzt. → Konsum illegaler Stoffe wird toleriert. → Handel mit illegalen Stoffen wird in geordnete Bahnen gelenkt und in klar definiertem Rahmen toleriert. → Die Stadt legt fest, an welchen Orten, zu welchen Bedingungen und in welchem Umfang sie den Umgang mit illegalen Stoffen toleriert.»
4. Haben Sie weitere Bemerkungen?
Es wird nur der Missbrauch angesprochen, ein verantwortungsbewusster Umgang mit Genussmitteln wird zu Unrecht ausgeklammert. Dabei ist Alkohol das beste Beispiel dafür, dass mit Suchtmitteln alles möglich ist, vom bewussten Umgang bis hin zur Sucht.

Stellungnahme geht an:

Soziale Dienste
Dr. D. Tschudi
Lagerhausstrasse 6
Postfach
8402 Winterthur
oder
E-Mail: sozialesdienste@win.ch